

Konzept Wirtschaftsförderung Schwelm

Die FDP Schwelm strebt eine neue Aufstellung der Wirtschaftsförderung in Schwelm mit folgenden Maßnahmen an:

1. Stärkung der Bürgerbeteiligung:

Die Arbeitskreise der GSWS sollen besser mit der politischen Arbeit verzahnt werden. Hierzu erhalten Sie im AUS ein Recht, ihre Ideen/Projekte vorzustellen. Die Politik hat hierüber zu beraten und zu entscheiden. Für die Neuentwicklung der Mitte (Gestaltung Platz und Zufahrt Schwelme Center; Umgebung Brauereigelände; Bürgerinformationscenter) wird ein eigenständiger Arbeitskreis eingerichtet.

2. Bessere Verzahnung mit der EN-Agentur:

Es werden Felder der gemeinsamen Bearbeitung erarbeitet. Die EN-Agentur wird dann verpflichtet, in diesen Bereichen Existenzgründerberatung, Fördermittelberatung und Breitbandförderung regelmäßige Beratungstermine in Schwelm anzubieten. Die GSWS arbeitet dabei aktiv mit. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit der SIHK, die aktiviert werden muss.

3. Stärkung der GSWS:

Zur Stärkung der GSWS wird eine Überprüfung insbesondere der Veranstaltungsplanung vorgenommen. Es soll durch ein Beratungsunternehmen geprüft werden, mit welchen Maßnahmen bessere Ergebnisse erzielt werden könnten. Bezüglich der Kosten einer Beratung sollen mögliche Fördermittel geprüft werden. In einem Ideenwettbewerb sollen neue Potentiale gehoben werden. Zur Kostensenkung wird geprüft, ob ein eigenständiges Büro weiterhin notwendig ist.

4. Stärkung der Wirtschaftsförderung

Es ist für Schwelm zu prüfen, ob bei Prüfung der Kosten die Wirtschaftsförderung besser in die Stadtverwaltung eingebunden und hierzu ein Wirtschaftsförderer eingestellt wird. Ggf. wird dann die Wirtschaftsförderung aus der GSWS ausgegliedert. Eine gegenseitige Unterrichtung ist jedoch sicherzustellen.

Hierbei sind neue Felder aufzunehmen, wie die Entwicklung eines gemeinsamen interkommunalen Gewerbegebietes.

5. Überprüfung der Strukturen:

Zur weiteren Stärkung der GSWS sollen alle Möglichkeiten der Kooperation bis hin zur Fusion mit der WGS geprüft werden. Auch die Aufsichtsstrukturen müssen den geänderten Fakten angepasst werden. Dabei müssen sowohl Politik, als auch Gesellschafter/Private/Unternehmen beteiligt werden.